

tagswahl begleitet hatten. Zwar war die SPD vom Wahlergebnis enttäuscht gewesen. Aber in den acht Monaten bis zur Eurowahl mit einer neuen Agentur alles umzukrempeln schien riskant. Noch am 7. Oktober besuchte deshalb eine SPD-Delegation um Andrea Nahles das Team von Super J+K, um sich eine Europakampagne zeigen zu lassen. So wie es aussah, kam man sich auch näher. Martin Schulz, der mit Gabriel und Machnig eng verbundene Spitzenkandidat, hatte sein Kommen allerdings kurz vorher abgesagt.

Wenige Tage später wurde dann klar, dass die Chancen für Super J+K stark gesunken waren. Schulz wollte sich erst noch KNSK anschauen. KNSK? Nervös soll ein Super-J+K-Mann bei der SPD nachgehakt haben: ob Machnig, damals noch Minister in Thüringen, im Wahlkampf eine Rolle spielen werde. Antwort: angeblich nein. Doch während Schulz sich schon mit Karpinski traf, den er aus gemeinsamen Kampfzeiten bei der Europawahl 1999 schätzte, änderten sich die Signale aus der Partei. Ja, Schulz wünsche sich Machnig doch an seiner Seite. In welcher Form? Noch offen.

Was folgte, war am 25. Oktober die Absage von Super J+K, am 25. November Machnigs Ministerrücktritt in Thüringen, gleichzeitig seine Anknüpfung, für Schulz den Wahlkampf zu übernehmen. Und kurz danach, Anfang Dezember, bekam KNSK den Zuschlag. Auf das übliche Ausleseverfahren, Pitch genannt, wie es die SPD noch bei der Bundestagswahl durchgezogen hatte, verzichtete die Partei. Dafür habe die Zeit gefehlt, erklärt die SPD.

Machnig sagt dazu, er sei in die Entscheidung, welche Agentur den Wahlkampf mache, „nicht eingebunden“ gewesen. Weder habe er Treffen zwischen Schulz und Karpinski vermittelt noch die KNSK empfohlen. Auch die SPD stellt das so dar, ebenso KNSK. Dort will man von Machnigs Entscheidung, die Kampa zu leiten, erst unmittelbar vor dem Ministerrücktritt im November gehört haben. Das erste Gespräch mit Schulz habe man dagegen schon Mitte Oktober geführt.

Der Wahlkampf ist nun in drei Wochen vorbei; als Nächstes geht es für KNSK wieder mal um einen Staatsauftrag. Gabriels Wirtschaftsministerium sucht eine neue Hausagentur; KNSK gehört zu den letzten drei Bewerbern um den Millionenetat.

Sollte Karpinski den Zuschlag bekommen, kann er womöglich auch mit Machnig zusammenarbeiten. Schon länger gibt es in der SPD die Überlegung, Machnig nach der Eurowahl zum Staatssekretär bei Gabriel zu machen. Für Werbeagenturen könnte es dann schwerer werden, an Aufträge aus dem Ministerium zu kommen. Für alle anderen außer KNSK.

Jürgen Dahlkamp, Peter Müller,  
Andreas Wassermann

# Leicht kompliziert

**Regierung** Seit März sollten Bundesbehörden ihre Internetseiten für Menschen mit Behinderung übersetzt haben. Einige Ministerien haben das versäumt.

**G**abi würde sich gern politisch informieren. Doch die 40-Jährige, die ihren Nachnamen lieber nicht nennen möchte, ist geistig behindert, hat Lernschwierigkeiten und kann nur einfache Sätze verstehen. Abkürzungen, Fremdwörter, Schachtelsätze, all dies bereitet ihr Probleme. In politischen Texten kommen die jedoch fast immer vor. „Ich will wissen, was in der Politik los ist, aber es ist wirklich schwer für mich, das herauszufinden“, sagt sie. Sie versteht lediglich die sogenannte Leichte Sprache. Kurze Sätze, möglichst keine Konjunktive, höchstens eine Aussage pro Satz.

7,5 Millionen Menschen zwischen 18 und 64 Jahren können wie Gabi nicht richtig lesen und schreiben. Das ermittelte eine Studie der Universität Hamburg aus dem Jahr 2011. Als ein solch „funktionaler Analphabet“ gilt, wer zwar einzelne Wörter oder kurze Sätze lesen oder schreiben kann, nicht jedoch zusammenhängende Texte. Ihnen soll die Leichte Sprache helfen – aber auch vielen Bürgern ohne Behinderung, die Probleme haben mit dem Bürokratenkauderwelsch der Ministerien.

Eine Verordnung von 2011 regelt, dass alle Bundesministerien und -behörden die Grundinformationen ihrer Internetauftritte in Leichter Sprache und in Gebärdensprache anbieten müssen. Ein Signal sollte gesetzt werden, zumal es kaum Nachrichten in Leichter Sprache gibt. Zweieinhalb Jahre hatten sie Zeit für die Umsetzung – bis Ende März dieses Jahres. Dennoch bieten einige Ministerien immer noch keine Informationen in Leichter Sprache an.

Bundesinnen-, Bundesverkehrs- und Bundesjustizministerium sowie das Bundespräsidialamt haben ihr Internetangebot nicht überarbeitet. Während Innen- und Justizressort erklären, man brauche noch etwas Zeit, will Verkehrsminister Alexan-

der Dobrindt die Vorschrift schlicht ignorieren. Man bemühe sich generell „um eine allgemein verständliche Sprache“. Viele Veröffentlichungen „richten sich jedoch an ein Fachpublikum“, da sei Fachsprache Usus. Das Bundespräsidialamt ist überrascht von der Anfrage, richtet aus, die Übersetzung sei „in Arbeit“. Einen Auftrag hatte es allerdings noch nicht erteilt.

Die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Verena Bentele, ärgert sich: „Was die Ministerien momentan leisten, ist noch nicht genug.“ Sie sehe großen Nachholbedarf. Selbst auf den Seiten, die schon Leichte Sprache anbieten, sei oft nur das Minimum erfüllt. Formulare sind häufig nicht barrierefrei nutzbar, Videos in Gebärdensprache fehlen fast immer, und Angebote wie eine Vorlese-Funktion gibt es nur sehr selten. „Viel liegt im Argen“, sagt Bentele. Auch gedruckte Materialien geben bislang nur das Arbeits- und das Familienministerium heraus.

Dabei ist die Übersetzung nicht teuer. Die Oberschwäbischen Werkstätten Ra-

vensburg, die diese Dienste für den Bund übernehmen, berechnen zwölf Cent pro übersetztes Zeichen. Eine klassische Übersetzung beispielsweise ins Englische oder Französische koste Ämter nicht mehr, obwohl der Weg zur Leichten Sprache viel aufwendiger sei. Experten vereinfachen den Text, den beispielsweise ein Ministerium eingesandt hat. 135 Kriterien liegen dabei zugrunde. Eine „Prüfgruppe“ von fünf bis acht Behinderten bekommt anschließend diesen Artikel. Sie lesen jeden Satz laut

vor und erklären sich gegenseitig, was sie verstanden haben. Gibt es keine Fragen mehr, wird der Text ans Ministerium zurückgeschickt. Das prüft, ob der Sinn noch richtig wiedergegeben wird. Im Regelfall gebe es dann noch einmal Korrekturen, sagt Geschäftsführer Egon Streicher, auch die würden wieder in den Gruppen geprüft.

Konsequenzen für ihre Trägheit müssen die Ministerien nicht befürchten, maximale Sanktion wäre eine Klage auf Feststellung durch einen Behindertenverband. Behindertenbeauftragte Bentele vermutet, „es fehlt einfach an Bewusstsein und Sensibilität“. Vielleicht erklärt das, warum das Bundesjustizministerium den Auftrag für die Übersetzung ihrer Internetseite erst vergangene Woche vergab. Rund einen Monat zu spät und just an dem Tag, als der SPIEGEL fragte, warum das Ministerium keine Informationen in Leichter Sprache anbiete.

Paul Middelhoff, Ann-Katrin Müller

**„NORMALE“ SPRACHE:**  
**Das Bundesministerium entwickelt quantitative und qualitative Perspektiven für familienunterstützende Dienstleistungen.**

**LEICHTE SPRACHE:**  
**Wir machen zum Beispiel Vorschläge für Gesetze, damit Familien Geld bekommen.**

Formulierungsbeispiel von der Internetseite des Familienministeriums